

Löscht 2

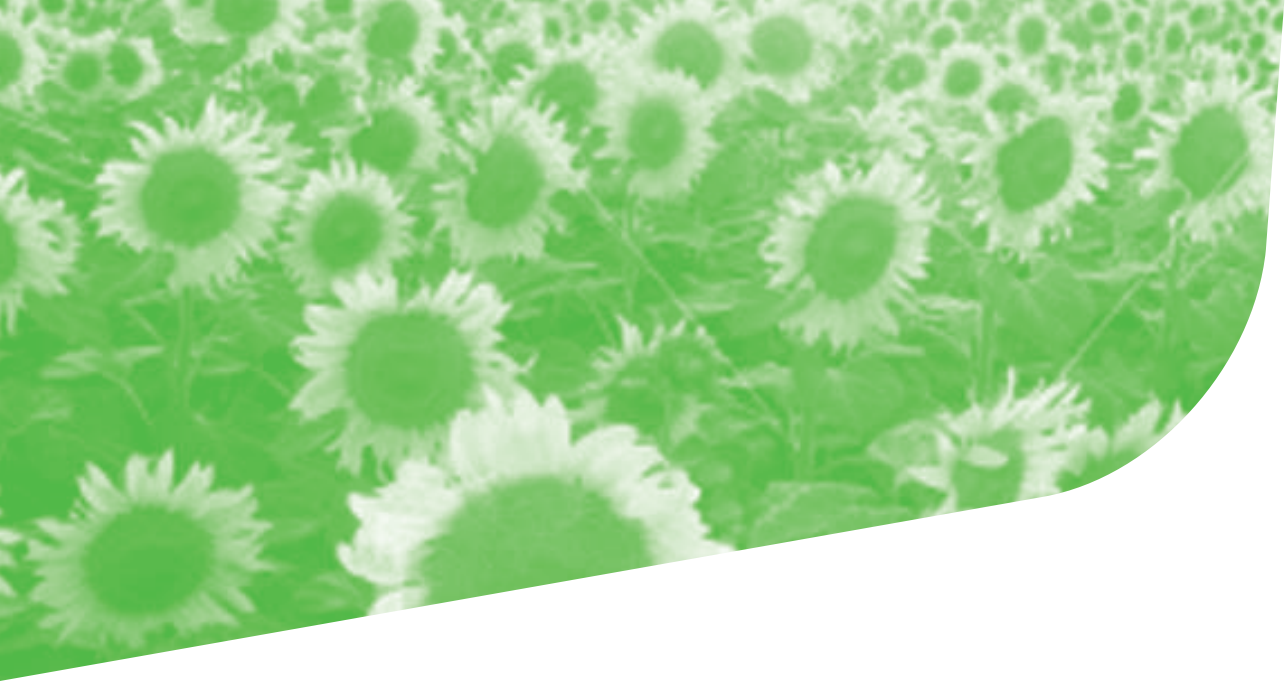
EMSTEIEREN
unser Sofortprogramm
gegen die Krise

déi
gréng

GRAD ELO!

Inhaltsverzeichnis

„Ëmsteieren“ unser Sofortprogramm gegen die Krise	5	Kapitel 4: „Besser Regeln, mee ouni Bürokratie“	25
Einleitung	5	Kapitel 5: „Raus aus der Postkutschenzäit“	29
Wachsen: nicht um jeden Preis und nicht in jede Richtung	6	Kapitel 6: „D'Schoule verbessern“	33
Kurzfristig	7	Kapitel 7: „Besser orientieren a vermëttelen“	39
Langfristig	9	Kapitel 8: „Zuer Economie gehéiert Solidaritéit“	43
Kapitel 1: „Nei Iddie fir eis Finanzplaz	11	Kapitel 9: „Ee gréngen New-Deal fir Europa“	47
Kapitel 2: „Eng Chance fir d'Industrie“	17	a) Für eine europäische Wirtschaftsregierung	47
a) Stahl - eine wichtige Ressource bei Wärmedämmung und der Förderung von erneuerbaren Energien	17	b) Für ein sozial-ökologisches Investitionsprogramm: einen „Green New Deal“	49
b) Das Automobil der Zukunft	18		
Kapitel 3: „Ee grénge Buedem fir Handwierk a Baubranche“	21		



„Emssteieren“ : unser Sofortprogramm gegen die Krise

Einleitung

Die aktuelle Weltwirtschaftskrise hat inzwischen auf fast alle Wirtschaftszweige übergegriffen. Mit einer rasanten Schnelligkeit steigt die Arbeitslosigkeit an, wird Kurzarbeit angefragt und werden Arbeitsplätze gestrichen. Was als Finanzkrise begann, entwickelt sich zum schlimmsten Abschwung seit den 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Die Ursachen dieser Krise sind vielfältig, doch allen ist eines gemeinsam: - der in der 80er und 90er Jahren alles dominierende Neoliberalismus brachte es fertig, dass alle aus der Krise der 30er Jahre gezogenen Lehren über Bord geworfen wurden. Der Turbokapitalismus konnte sich nach dem Zusammenbruch des Kommunismus ab 1989, zum ersten Mal in der Geschichte, ungebremst und weltweit entfalten. Kaum ein Land, kaum eine Region brachte es fertig sich der neoliberalen Ideologie zu entziehen. Auch in Luxemburg gehörte es in Politik und Wirtschaft zum guten Ton „die Kräfte des freien Marktes walten zu lassen“, auch wenn so mancher politische Entscheidungsträger nun seine Mitverantwortung in dieser Krise verneint.

Luxemburg ist außerdem nur im Dienstleistungsgewerbe aufgestellt : es gibt eine Monowirtschaft wie im Zeitalter der blühenden Eisenindustrie.

Die negativen Konsequenzen werden in den kommenden Jahren für Luxemburg deutlich spürbar werden:

- Massiv steigende Arbeitslosigkeit
- Verstärkte soziale Verwerfungen
- Schrumpfende finanzielle Einnahmen der öffentlichen Hand
- Steigende öffentliche Schuld
- Das Ansehen Luxemburgs als internationaler Wirtschaftsplatz

Die von den regierenden Parteien in den letzten 25 Jahren praktizierte kurzfristige Politik führt nun zu einer voluntaristischen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Es wird versucht auf Kosten der kommenden Generation den Kopf aus der Schlinge zu ziehen. Was wir jetzt brauchen ist eine andere Politik. Umsteuern heißt die Devise, sowohl kurzfristig als auch langfristig, und das auf mehreren Ebenen.

Wachsen : Nicht um jeden Preis und nicht in jede Richtung.

Wegen der aktuellen Krise gibt es berechtigte Ängste in der Bevölkerung betreffend Arbeitsplätze und Sozialabbau. Wir nehmen diese Ängste ernst und möchten den Menschen in dieser Notlage helfen. In diesem Thesenpapier finden sich viele Pisten und Anregungen, um die Talfahrt der Wirtschaft zu bremsen und gegenzusteuern. Der Motor der Wirtschaft stockt und es gilt diesen wieder flott zu machen. Jedoch sind diejenigen im Irrtum, die nur den alten Motor reparieren wollen und nicht einsehen, dass der herkömmliche Treibstoff zur Neige geht. In der Tat kann das Rezept zur Bewältigung der Krise nicht darin bestehen, das Bruttoinlandprodukt (PIB) zu steigern, d.h. ein undifferenziertes Wachstum wiederherzustellen, ohne die tief greifenden Ursachen der aktuellen Krise – die nicht nur eine konjunkturelle Ursache hat, sondern auch eine strukturelle – zu erkennen und darauf zu reagieren. Der Versuch, lediglich der aktuellen Wirtschaftsstruktur einen neuen Schub zu verpassen, wird schief gehen und höchstens kurzzeitig aus der Krisensituation herausführen. Eine Scheinlösung also, ohne bleibende Verbesserungen. Längst ist gewusst, dass das PIB kein zuverlässiger Gradmesser ist, um das Wohlbefinden der Bevölkerung zu messen. Es gibt keinen direkten Zusammenhang mehr zwischen Wirtschaftswachstum und Lebensqualität. Das Motto kann also nicht einfach lauten: „Wir steigern das PIB und alles wird gut“. Die politisch Verantwortlichen können sich nicht der Tatsache verschließen, dass der derzeitige Energie- und Ressourcenkonsum, bedingt durch die aktuelle Wirtschaftsweise, nicht endlos fortgesetzt werden kann. Die Politik muss verantwortlich handeln auch gegenüber den künftigen Generationen und gegenüber den Menschen in anderen Teilen der Welt. „déi gréng“ wollen ein Wachstum in den wirtschaftlichen Bereichen die zukunftsfähig sind, ein Wachstum, das losgelöst ist von weiterem Energieverbrauch und Ressourcenerstörung. In diesem Thesenpapier haben wir für die Bereiche Finanzplatz, Mobilität, Baubranche, Bildung und Berufsausbildung unsere Wachstumsmodelle dargelegt.

Kurzfristig:

1. Die Kreditklemme muss schnell beseitigt werden. Sie lähmt die Investitionsfähigkeit der gesamten realen Wirtschaft und verschärft die Rezession in rasantem Tempo. Die Wiederherstellung des Vertrauens auf den Finanzmärkten ist deshalb die wichtigste kurzfristige Aufgabe.
2. Die Nachfrage muss gestärkt werden. Hier kommt der öffentlichen Hand eine wesentliche Rolle zu. „déi gréng“ bevorzugen ganz klar die Stärkung der Nachfrage durch öffentliche Investitionsprogramme gegenüber allgemeinen Steuersenkungen. Ersparnisse durch allgemeine Steuersenkungen werden eher auf den Sparkonten bleiben und kaum investiert werden (außer bei den unteren Einkommenskategorien, die ihr gesamtes Geld ausgeben müssen). Diese Einnahmen fehlen der öffentlichen Hand in dem Fall für Investitionsprogramme und diese müssen dann über neue Schulden (auf Kosten der kommenden Generation) finanziert werden. Öffentliche Ausgabenprogramme für Wohnungsbau, für Verkehrsinfrastrukturen, für Forschung, für Schul- oder Kinderbetreuungsstrukturen und für Umweltschutz füllen jedoch die Auftragsbücher der verschiedensten Sektoren der Realwirtschaft. Sie schaffen eine verstärkte Nachfrage und sind deshalb bestens geeignet um die Konjunkturtalfahrt aufzufangen. Wichtig ist jedoch, dass öffentliche Investitionsprogramme genutzt werden um strukturelle Defizite (z.B. im Wohnungsbau, der Energieeffizienz oder dem Umweltschutz) zu beheben, bzw. auf die Nachkrisenzeit vorzubereiten.
3. Um der Schuldenfalle zu entgehen, muss die Politik eine offene und ehrliche Diskussion mit der Bevölkerung zur Steuer- und Einnahmenpolitik des Staates führen. Wer heute populistische Steuerreduzierungsprogramme verspricht, belügt die Bevölkerung und betreibt eine Politik der ungedeckten Schecks auf Kosten der kommenden Generationen. Weder massive Steuererhöhungen noch Steuerreduktionsprogramme sind angebracht, sondern eine sehr differenzierte Steuerpolitik. In diesem Zusammenhang kommt der ökologischen Steuerreform in den kommenden Jahren eine besondere Bedeutung zu um soziale Gerechtigkeit, Umweltschutz und wirtschaftliche Effizienz zu kombinieren.
4. Der Finanz- und Dienstleistungssektor muss sich auf die neue wirtschaftliche Weltordnung umstellen. In Zukunft werden eher moderatere, kurzfristige Gewinnraten bei den Investoren im Vordergrund stehen als langfristig abgesicherte und nachhaltige Anlagen. Ethische und soziale Aspekte werden eine wichtigere Rolle spielen. Finanzielle Produktinnovation muss daher absoluten Vorrang vor banaler kurzsichtiger Steuervorteilpolitik haben. Der Finanzsektor muss zur Finanzierung des nachhaltigen Kurswechsels in der Wirtschaftspolitik beitragen.

5. Die Reform der Arbeitsmarktvermittlung und -verwaltung muss schleunigst in Angriff genommen werden. Seit über zehn Jahren wird hier studiert und analysiert, mit sehr mageren Resultaten. Diese Versäumnisse werden uns nun auch hierzulande in der Krise, mit einer Rekordarbeitslosigkeit seit der Nachkriegszeit, sehr zu schaffen machen. „Maintien dans l'emploi und Maßnahmen zur Sicherung der Lebenswege müssen den Wandel der Gesellschaft effizient begleiten.
6. Die im Januar dieses Jahres eingeleitete zaghafte Schulreform muss dringend nachgebessert werden. Schule, Ausbildung, Forschung und Innovation werden vor allem für die Hochlohnländer des Nordens zu Schlüsselfaktoren des wirtschaftlichen Erfolges.
7. Die öffentlichen Prozeduren müssen beschleunigt und entbürokratisiert werden. Nicht die Gesetze, die einen Ordnungsrahmen im Sozial- oder Umweltbereich schaffen, sind schlecht, sondern die Ausführungsbestimmungen und die Organisation der Verwaltung sind ineffizient. Viel zu lange wird schon über die Verwaltungsreform geredet ohne zu handeln. Dies rächt sich nun in Krisenzeiten, wo wir schnelle Entscheidungen bräuchten.
8. Die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Luxemburg beruht oft auf Steuervorteilen. Es gilt andere Vorteile des Standorts Luxemburg (kurze Wege, gute soziale Einrichtungen, interessante Freizeitangebote, schnelle Entscheidungen, neue Universität, Innovationsfähigkeit) systematisch weiter zu entwickeln und weltweit zu vermitteln. Bei der Bewältigung der Krise können so zukunftsfähige Entwicklungsperspektiven gestärkt werden, anstatt an den unnachhaltigen Nischen festzuhalten.
9. In der Krise ist insbesondere auch Solidarität mit den Entwicklungsländern gefragt, da diese riskieren von den Auswirkungen noch stärker betroffen zu werden als die Industrieländer. Laut Weltbank werden bis zu 200 Millionen Menschen zusätzlich hungern. Eine Kürzung der Entwicklungsgelder muss deswegen unbedingt vermieden werden, um die Krise in den Entwicklungsländern nicht noch zu verschlimmern. Angesichts der auch vorhandenen Energie- und Hungerkrise, soll Luxemburgs Entwicklungspolitik weit stärker auf landwirtschaftliche Entwicklung, Förderung von nachhaltigen Energien und Bekämpfung der negativen Effekte des Klimawandels setzen.

Langfristig:

1. Wir müssen unsere Wirtschaft diversifizieren. Dafür brauchen wir eine konkrete langfristige Promotionsstrategie und gesetzliche Rahmenbedingungen, die gezielt auf die Sektoren Kommunikations-, Gesundheits- und Umwelttechnologien ausgerichtet sind. Wenn wir diese viel versprechenden Sektoren aufbauen wollen, müssen wir ihnen auch den nötigen Rahmen setzen. Dies bedeutet, dass wir unsere Urbanisierung hinsichtlich Lebensqualität, Infrastrukturen, Kultur und Zusammenleben auf die Bedürfnisse und den Lifestyle dieser neuen Berufsgruppen ausrichten müssen.
2. Unsere Sozialsysteme nach dem Muster der Generationensolidarität müssen erhalten bleiben, doch sie müssen gezielter und selektiver ausgerichtet sein. Auch muss eine gerechtere Beteiligung zu ihrer Finanzierung angestrebt werden. Heute sind beschäftigungsintensive Betriebe gegenüber kapitalintensiven zu stark benachteiligt und daher drängen sich Reformen bei der Finanzierung der sozialen Sicherheit auf.



Kapitel 1:

„Nei Iddie fir eis Finanzplatz“

In Luxemburg macht der Beitrag der 155 Banken 35% des Bruttosozialprodukts aus. Der Finanzsektor beschäftigt 40.000 Arbeitnehmer und 20.000 Zulieferer aus dem Gastronomiebereich, der Reisebranche oder dem Bausektor. Die weltweite Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf die Realwirtschaft, mit der Gefahr einer allgemeinen Rezession, treffen uns also überproportional. Die Folgen für Luxemburg werden größer sein als diejenigen der Stahlkrise in den 70er und 80er Jahren.

Teile des Angebotes am Finanzplatz Luxemburg folgten bisher zu sehr dem „mainstream“, aufbauend auf Bankgeheimnis und Steuervorteilen. Das bedeutet jedoch, dass wir angreifbar und austauschbar sind.

Wir können uns jedoch wieder einen Vorsprung verschaffen, denn das Luxemburger Finanzmodell hat eine Reihe von Vorteilen gegenüber der weltweiten Konkurrenz : es ist etabliert und besitzt eine gute Reputation; es ist schnell und wendig in der Umsetzung neuer Geschäftsfelder; es ist klein und könnte deshalb als Spezialist ein Nischenprodukt besetzen, das für andere weniger Attraktivität bietet.

Wenn wir also wollen, dass sich etwas ändern soll, dann muss es jetzt sein! Diese Krise ist auch eine Vertrauenskrise. Wer sie zu nutzen weiß, gewinnt viel. Eine solche Chance kommt so schnell nicht wieder!

Zur Zeit sind die Bankkunden enttäuscht über untransparente und teure Anlagemodelle der Banken. Selbst das Vertrauen in klassische Anlagensegmente wie „bons de caisse“, Sparbücher oder Festgeld ist gestört. Parallel dazu wächst bei den Anlegern jedoch das Interesse an Fragen des nachhaltigen und sozialen Wirkens. 2007 wurden in Deutschland beispielsweise 2,14 Milliarden € in Fonds mit Anlagenschwerpunkt Klimawandel investiert. Diese Summe ist zwar verschwindend gering im Vergleich zu den 1.698 Billionen € Vermögenswerten insgesamt; Spezialisten sagen dem Markt jedoch ein Wachstumspotential von 25% pro Jahr voraus.

Und es gibt weitere Beispiele, aus denen wir von unseren Nachbarn lernen können: die Umweltbank Nürnberg hat bis Ende 2007 über 8.900 Umweltprojekte finanziert, die GLS Bank Bochum hat ihren Jahreszuwachs an Neukunden verdreifacht. Das Erneuerbare Energie Gesetz (EEG) bescherte der Finanzbranche in Deutschland einen wahren Boom bei geschlossenen Fonds. So entstanden innerhalb eines Jahres rund 2000 Windfonds, neben Bereichen wie nachhaltiger Transport oder Forstwirtschaft.

Auch der weltweite Markt für ökologische Produkte dürfte von derzeit jährlich 1,37 Billionen USD auf 2,84 Billionen Dollar in 2020 steigen. Die Hälfte davon entfällt auf Energieerzeugung und -effizienz, die andere auf Transport, Wasser und Abfallwirtschaft.

2,3 Millionen Menschen haben in den vergangenen Jahren neue Jobs im Bereich der erneuerbaren Energien gefunden. Es wird erwartet, dass 2030 die Zahl der Arbeitsstellen in der Solarenergie auf 6,3 Millionen und in der Windenergie auf 2,1 Millionen anwächst. Investitionen in energieeffiziente Gebäude könnten alleine in Europa und den USA 2 bis 3,5 Millionen zusätzliche „grüne Jobs“ schaffen. Umweltfreundliche Technologien sind heute schon der drittgrößte Sektor für Risikokapital in den USA.

In Luxemburg ist die Realität dieses Trends bisher scheinbar nicht angekommen : gesicherte Zahlen über den Anteil an nachhaltigen Anlagen bei den Luxemburger Anlegern existieren nicht. Man spricht von 0,6% des gesamten Anlagevermögens. Es bedarf also des politischen Willens um den sozialen Nachhaltigkeitsgedanken zu fördern, das Potential ist jedenfalls riesig. In den nächsten drei Jahren wird an den Kapitalmärkten wieder Geld verdient. Es geht darum, die Gunst der Stunde zu nutzen, das Machbare mit dem Möglichen zu verbinden und weitaus mehr Kunden, Anleger und Investoren dazu zu bewegen den Nachhaltigkeitsgedanken aufzugreifen.

Wenn im Finanzwesen die Zukunft Grün sein soll, muss der Grundstein dazu heute gelegt werden. Nie zuvor standen die Chancen für ein Umdenken so günstig wie heute. Hier unsere Vorschläge für eine Neuorientierung des Finanzplatzes Luxemburg:

- Wir sind der Meinung, dass Luxemburg nicht unbedingt mehr Regeln für den Finanzsektor braucht, sondern vielmehr effizientere Regeln, die alle Bereiche und Aktivitäten abdecken. In verschiedenen Bereichen bestehen zu viele und zu komplexe Regeln, wobei andere Bereiche nicht oder ungenügend geregelt sind. Das gesamte Regelwerk muss in diesem Sinne überarbeitet werden.

- Die CSSF und das Commissariat aux Assurances sind wichtige Kontrollinstanzen des luxemburgischen Finanzplatzes. Gerade die aktuelle Finanzkrise hat jedoch gezeigt, dass diese Instanzen in ihren Kontrollmöglichkeiten beschränkt sind. Des Weiteren verhindern immer aktuellere, komplexere und untransparentere Finanzprodukte eine effiziente Aufsicht. Angesichts der durch die Subprimekrise aufgefliegenen toxischen Wertpapiere müssen klarere Regeln erstellt werden und untransparente Finanzprodukte ganz verboten werden. Die Banken müssen sich wieder verstärkt auf ihre Basisaufgaben besinnen. Auch die Kontrolle von Kapitalbewegungen außerhalb der EU bereitet den Kontrollinstanzen Schwierigkeiten. In einer neu zu erarbeitenden Aufsichtsarchitektur mit einem EU-Aufsichtsamt müssen die nationalen Aufsichtsinstitutionen (ähnlich wie beim Modell der Zentralbank) in ihrer Kontrollfunktion aufgewertet werden. Die CSSF und das Commissariat aux Assurances müssen personell mit Finanzexperten aufgestockt werden.
- Ratingagenturen, die finanziell vollständig von den privaten Finanzinstituten abhängig sind, können keine neutrale qualitative Bewertung abgeben. Dieses System hat vollständig versagt und muss grundlegend überdacht werden. Auch muss die EU sich im Bereich des Ratings durch eigene Strukturen unabhängiger machen. Das Bonusbesoldungssystem der Bankenfinanzmanager hat die Gier nach immer höheren Profiten angeheizt. Es führte zu einer Loslösung des Finanzsystems von der realen Wirtschaft. Geradezu zynisch muten die hohen Abfindungen von Bankmanagern angesichts des produzierten Desasters an. Es drängen sich somit neue Regeln auf, bezüglich der Eigenverantwortung und der Besoldung der Bankmanager.
- Luxemburger Anlegern einen Vorteil einräumen, wenn sie die Bereitschaft aufbringen, ihre Ersparnisse in den Kauf eines Social-Responsible-Investment-Fonds (SRI) anzulegen (vergleichbar zur Rentenversicherung). Im Umkehrschluss „klassische“ Fonds mit der Quellensteuer belegen.
- Schaffung eines gesonderten Forschungssegmentes an der Universität Luxemburg, so dass Luxemburg ein „Know How“ im nachhaltigen Investment aufbaut und zu einer Referenzadresse wird.
- Der Fondindustrie „incentives“ bieten, so dass Luxemburg ebenfalls vom Nachfragewachstum nach RI Anlagen in unseren Nachbarländern profitiert.
- Pensionsfonds müssen 5% in SRI-Produkte investieren. Bei den angelegten Reserven der öffentlichen Pensionskassen sollen mindestens 10% in nachhaltige Produkte einfließen.

- Ausländischen Kunden neue Produkte, transparente Gebührenstrukturen und innovative Anlagekonzepte unterbreiten, so dass der Finanzplatz nicht mehr vornehmlich auf die Abhängigkeit von Steuervorteilen und Bankgeheimnis angewiesen ist.
- Einen Qualitätslabel für SRI-Produkte schaffen nach dem Modell des Lux-Flag-Labels für Micro-Finance-Produkte.
- Die aktuelle internationale Diskussion um das luxemburgische Bankgeheimnis nicht ängstlich verfolgen wie das sprichwörtliche Kaninchen vor der Schlange, sondern offensiv handeln. Der Finanzplatz braucht, unabhängig vom Konzept „Bankgeheimnis“, einen strategischen Plan und ein Programm, die den Kunden weiterhin „Vertraulichkeit“ und „Schutz der Privatsphäre“ garantieren. Diese Vertraulichkeit darf jedoch keinen Schutz bieten für Steuerhinterziehung oder Steuerbetrug.
- In diesem Zusammenhang begrüßen wir die sich nun abzeichnende internationale Vereinbarung, gemäß der in Zukunft kein Bankgeheimnis bei Steuerhinterziehung gelten wird. Da diese neuen Vereinbarungen alle wichtigen Finanzplätze gleichermaßen betreffen werden, werden diese auf internationaler Ebene zu mehr Steuergerechtigkeit beitragen.

Aber auch auf europäischer und globaler Ebene sind weitere grundlegende Strukturveränderungen im Finanzsystem unumgänglich. Das betrifft die Regeln für Finanzakteure und Finanzprodukte, die staatliche Finanzaufsicht und die Rating-Agenturen, den öffentlichen und genossenschaftlichen Bankensektor, den Verbraucherschutz auf den Finanzmärkten und die Regeln für Managervergütung. Es schließt aber auch eine neue Weltfinanzarchitektur ein und eine europäische Wirtschaftsregierung.



Kapitel 2:

„Eng Chance fir d'Industrie“

a) Stahl- eine wichtige Ressource bei Wärmedämmung und der Förderung von erneuerbaren Energien

Die Baubranche ist der wichtigste Markt der Welt. Zudem spielt er auch klima- und energiepolitisch eine besonders herausragende Rolle: Gebäude sind für 40 Prozent des Energieverbrauchs in der EU verantwortlich. Eine Förderung der energetischen Gebäudesanierung, der Infrastrukturen der Zukunft (Eisenbahn, Stromnetze, Gasnetze, öffentlicher Verkehr in den Städten) und der erneuerbaren Energien über den «Green New Deal » würde insbesondere Stahlunternehmen wie Arcelor-Mittal zugute kommen.

Die in Luxemburg hergestellten Produkte werden besonders im Baubereich eingesetzt („Arcelor-Mittal Building Unit“ ist in Esch/Alzette niedergelassen; das Unternehmen produziert Stahl für Stahlbeton, Quer- und Hochträger für Großgebäude und Brücken,...). In Luxemburg sind zudem eine ganze Reihe von Unternehmen mit beachtlichem Know How im Bereich von Gebäudekonzepten und Baumaterialien vertreten: das Unternehmen Dupont stellt beispielsweise viele innovative Produkte im Bereich der Energieeffizienz her und mit Préfalux ist eines der innovativsten Mittelstandsunternehmen Europas (Beteiligung an „Null-Energie“-Polarstation) in Luxemburg ansässig. Auch im Bereich der dezentralen Energieproduktion wurden mit Projekten wie dem „Energiepark Redange S.A.“ bereits Erfahrungen gesammelt.

Stahl ist auch im Bereich der erneuerbaren Energien eine wichtige Ressource und wird durch den Einsatz für diese Energieform unterstützt. Arcelor-Mittal möchte sich stärker auf diesen Bereich spezialisieren: Weltweit hat das Unternehmen bisher 7.500 Megawatt Windräder installiert und ist bei der Produktion von Flachstahl für die Masten von Windanlagen mit 20 Prozent am Markt beteiligt. Zudem hat Arcelor-Mittal ein spezielles Photovoltaik-Stahlgehäuse entwickelt, das an Dächern und Häuserwänden eingesetzt werden kann und ein großes Marktpotential hat.

- déi gréng wullen die stärkere Ausrichtung der Stahlindustrie auf Ökotechnologien aktiv fördern. Dies gilt für die Spezialisierung von Arcelor-Mittal im Bereich der nachhaltigen, energiesparenden Bauweise und die gemeinsame Forschung in diesem Bereich zusammen mit anderen Bauunternehmen.
- Zudem werden wir auch kleinere und mittlere Unternehmen im Bereich des ökologischen und baubiologischen Bauens unterstützen. Einige Luxemburger Unternehmen zeigen heute schon, dass auch in diesem Bereich viel Wachstums- und Entwicklungspotential liegt.
- Ein Cluster im Bereich Energetische Sanierung in der Großregion ist sinnvoll. Dieser Verbund könnte in Zusammenarbeit mit den „Centres de recherches publics“ entstehen und den lokalen und regionalen Markt in der Großregion bedienen. Die Gründung des „Luxemburg centre of excellence for green buildings and cities“ wäre nicht nur eine große Hilfe für die Luxemburger Hochbauwirtschaft, das Handwerk und die damit zusammenhängenden Dienstleistungen; es wäre auch im Interesse der in Luxemburg ansässigen Großindustrie. Dabei sollte auch die Schnittstelle zur Finanzwirtschaft (Stichwort Leasing und „Third Party Financing“-Konzepte) gesucht werden.
- Ausbildung: an Luxemburger Sekundar- und technischen Hochschulen sollten Lehrgänge eingerichtet werden, in denen nachhaltiges Wirtschaften und erneuerbare Ressourcen thematisiert werden. In der Berufsausbildung soll der Umgang mit historischer Bausubstanz vermittelt werden.

b) Das Automobil der Zukunft

Das Auto der Zukunft muss effizienter, leichter und kleiner werden und sich von der Ölabhängigkeit befreien. Das hat auch der diesjährige Autosalon in Genf deutlich gezeigt: Alle namhaften Hersteller setzen mittlerweile auf die rasche und durchgängige Entwicklung des Elektro- und Hybridautos.

Der Bereich der Autozulieferbetriebe zählt in Luxemburg annähernd 10.000 Beschäftigte, ist sehr diversifiziert und umfasst von der Reifenfertigung über die Elektronik bis zu Motorentechnik und Metallverarbeitung eine breite Palette von teils sehr namhaften Unternehmen der Spitzentechnologie.

In Luxemburg haben sich eine ganze Reihe von innovativen Unternehmen in der Automobilforschung (Delphi in Bascharage, Goodyear Research Center) niedergelassen. Viele Luxemburger Firmen können auch eine führende Rolle bei der Entwicklung der Hybrid- und Elektromotortechnik spielen (Accumulux und Circuitfoil im Bereich Batterietechnik beispielsweise).

- Cluster « Auto der Zukunft »

déi gréng schlagen vor, diesen Sektor gezielt zu fördern und dabei staatliche Hilfen insbesondere für die Entwicklung der leichten, sparsamen und umweltfreundlicheren Autos der Zukunft vorzusehen. Dabei soll ein „Cluster“, also ein Verbundnetz der in Luxemburg ansässigen Unternehmen in diesem Bereich, gefördert werden.

Die Gründung des « Luxembourg Center of excellence for hybrid/electric vehicles » könnte beispielsweise dem Unternehmen Delphi zugute kommen, das sein weltweites Forschungszentrum im Bereich Hybridtechnik in Bascharage angesiedelt hat. Das Verbundnetz kann eine pro-aktive Schnittstelle zwischen Forschung und Demonstration darstellen (Hybridantriebe, in Reifen integrierte Elektromotoren als Weiterentwicklung der Reifentechnologie und der Elektromotoren). Auch eine Verbindung zur Satellitentechnik im Bereich Steuerung der Mobilität (Stichwort Autobahn-Maut) und damit dem wichtigen Standbein SES erscheint sinnvoll.

Zudem kann das Cluster auf die Großregion ausgedehnt werden: Arcelor/Mittal betreibt bei Metz sein Forschungszentrum zum Autogehäuse von morgen (die Autos müssen so umgestaltet werden, dass die Batterien sicher im Wagen gelagert werden können; zudem wird durch den Einsatz von anspruchsvollem Stahl das Gewicht der Autos um bis zu 30 Prozent verringert). Es kann außerdem von Mitteln im Rahmen der EU-Forschungsprojekte, wie die europäische Hybrid/Elektro-Plattform, profitieren.

Die in Luxemburg ansässigen Zulieferbetriebe der Automobilindustrie könnten nach Ansicht der Industriellenföderation an einem Aufbau dieses Verbundnetzes interessiert sein. Der Staat kann durch Luxinnovation oder über die „Centres de recherches publics“ den Aufbau eines solchen « Cluster » unterstützen und außerdem bei konkreten Forschungsprojekten finanzielle Unterstützung gewähren.



Kapitel 3:

„Ee grénge Buedem fir Handwierk a Baubranche“

Mit über 2.000 Betrieben und mehr als 30.000 Beschäftigten ist die Bauwirtschaft einschließlich der Handwerksbetriebe aus dem Installateurbereich für rund 10% der Arbeitsstellen in Luxemburg verantwortlich.

Zugleich zählen diese Bereiche eindeutig zu den Gewinnern einer fortschrittlichen Klima- und Energiepolitik. Durch verstärkte Anstrengungen in der Klima- und Energiepolitik werden in den Bereichen energetische Gebäudesanierung, Produktion nachhaltiger Baumaterialien, energiesparende Haustechnik und Heizungssysteme und erneuerbare Energien zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen und generieren zusätzliche Gewinne bei den jeweiligen Installationssektoren und dem Planungs- und Beratungssektor. Dies wird in allen Studien zu den Auswirkungen auf die Beschäftigung des Umwelt- und Klimaschutzes bestätigt. Zudem kommen diese Gewinne vor allem den lokalen Betrieben zugute und schaffen lokale Arbeitsplätze für mittel- bis höher qualifizierte Arbeitnehmer.

Die bisherige Vorgehensweise des Bautenministeriums in Bezug auf die energetische Sanierung des eigenen Gebäudebestandes grenzt an einen Skandal. Den jahrelangen Sonntagsreden folgten kaum konkrete Maßnahmen in den rund 1.500 (!) betroffenen Gebäuden. Zurzeit ist man immer noch bei der Bestandaufnahme!

Die bestehenden Programme für die energetische Sanierung von Gebäuden sind viel zu kompliziert, so dass im Jahre 2007 nur 150 Anfragen (!) auf Beihilfen gestellt wurden. Bei diesem Tempo wird weder der Klimawandel gebremst noch den Betrieben der nötige Impuls für die wirtschaftlichen Zukunftsaussichten vermittelt.

Die Gemeinden werden noch immer nicht in allen Ministerien – vor allem nicht im Innenministerium – als wichtige Akteure in den Bereichen Klimaschutz und Energiesparen angesehen. Dabei ist nicht nur das Auftragsvolumen der Gemeinden - 40% der öffentlichen Aufträge – erheblich, sondern ebenfalls die Nähe zur lokalen Bevölkerung für deren Verhalten mitentscheidend.

Dei gréng weisen seit Jahren auf die Chancen in diesen Bereichen hin und sind bestens vorbereitet die Vorteile durch ‚grünes Umsteuern‘ in der Wirtschaft auch zu nutzen. Mit folgenden Instrumenten und Neuerungen wollen wir dem Handwerk und der Baubranche dies ermöglichen und den Weg aus der aktuellen Krise ebnen:

- Anleihen für Betriebe: Wir werden neben der direkten staatlichen Förderung ebenfalls Kreditvergünstigungen für Betriebe ermöglichen, damit verstärkt in die Bereiche Gebäudesanierung und erneuerbare Energien investiert werden kann.
- Wir wollen allen Privathaushalten durch zinsfreie oder stark zinsvergünstigte Darlehen die energetische und baubiologische Sanierung ihrer Wohnungen ermöglichen. In Mietwohnungen werden wir über das Mietgesetz die Heizkosten begrenzen, um so die Eigentümer zur Sanierung der Wohnungen zu bewegen. Die staatliche Heizkostenzulage wird von einer Energieberatung mit Sanierungsvorschlägen begleitet.
- Staatliche Gebäude: Wir werden ein Sofortprogramm zur energetischen Sanierung der staatlichen Gebäude starten, mit dem Ziel innerhalb von 5 Jahren die Hälfte dieser Gebäude auf den neuesten technischen Stand zu setzen. Dieses Auftragsvolumen soll dem Handwerk direkt zugute kommen und wird Arbeitsplätze sichern und neue schaffen.
- Wir werden den staatlichen und kommunalen Verwaltungen einen erweiterten Spielraum bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen ermöglichen, u.a. durch die Anhebung des Sockels für die direkte Auftragsvergabe, bei der Ausarbeitung von Lastenheften oder der Auftragsvergabe aufgrund von Kostenvoranschlägen.
- Wir werden die bestehenden Gesetze und Bestimmungen betreffend die staatlichen Beihilfen für Energiesparen und erneuerbare Energien vereinfachen und benutzerfreundlicher gestalten. Damit verfolgen wir das Ziel über die energetische Sanierung des Gebäudebestandes sowohl die Kosten für die Bewohner als auch den Energieverbrauch zu senken.

- Wir werden sofort eine einzige Anlaufstelle für die Initiatoren von innovativen Projekten in den Bereichen ‚Erneuerbare Energien‘ und ‚Effiziente Energienutzung‘ einrichten, um eine konkrete Hilfestellung bei allen administrativen und finanziellen Hürden, die der Verwirklichung der Projekte im Wege stehen könnten, zu gewähren.
- Wir werden die Gemeinden als wichtige Akteure im Klimaschutz und beim Energiesparen anerkennen und zu einer gemeinsamen Vorgehensweise im Energiebereich und beim Klimaschutz anregen. Durch zeitliches Vorziehen kommunaler Projekte kann ebenfalls die Konjunkturkrise abgefedert werden.
- Wir werden den energieintensiveren Betrieben Hilfestellung geben, damit diese nicht in den steigenden Energiekosten untergehen. Dabei werden wir vor allem auf Energiesparen und effiziente Energienutzung sowie erneuerbare Energien setzen.
- Um den Betrieben eine Hilfestellung bei sich andeutenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu bieten, werden wir sofort ein ‚Guichet pour entreprises en difficultés‘ einrichten und eine Kampagne organisieren, um über die staatlichen Hilfsmaßnahmen für Betriebe zu informieren. Auszubauen sind die Instrumente zur Überbrückung von Liquiditätseingängen bei Klein- und Mittelbetrieben (SNCI, Office Ducroire, sowie sogen. ‚Staatsbanken‘).
- Durch Arbeiten zum Erhalt wertvoller Bausubstanz soll der Staat sowohl Handwerkerbetrieben als auch dem Denkmalschutz unter die Arme greifen.



Kapitel 4:

„Besser Regeln, mee ouni Bürokratie“

Gerade die aktuelle Wirtschaftskrise zeigt uns, dass der Markt zwar ein effizientes Instrument zur Schaffung von Reichtum ist, jedoch ohne Regeln blind ist gegenüber der Verteilung von Reichtum bzw. gegenüber den Folgen wirtschaftlichen Handelns, sei es im sozialen oder im ökologischen Bereich. Gerade die nicht vorhandene oder ungenügende Regulierung hat die Finanzmärkte ins Chaos gestürzt. Aus Geldgier wurden immer untransparentere und unkontrollierbare Finanzprodukte geschaffen. Sozialklauseln, ein ordentliches Arbeitsrecht, gute Sicherheitsbestimmungen und ein solider reglementarischer Rahmen für Umwelt –und Gesundheitsschutz sind wichtig um der Marktwirtschaft die nötige soziale und ökologische Dimension zu verleihen. Doch ein solides soziales und ökologisches Regelwerk darf nicht zu mehr Bürokratie führen. Es kommt auf eine gut funktionierende Verwaltung und auf effiziente Ausführungsbestimmungen an. Fristen müssen nachvollziehbar sein und eingehalten werden. Normen müssen verständlich und transparent sein. Die Verwaltungswege müssen kurz und schnell sein. Doch gerade hier, bei der Umsetzung der betreffenden Gesetze, hapert es seit langem in Luxemburg. Hinzu kommt noch, dass zwischen den Verwaltungen oft Konkurrenzdenken herrscht. Auch wurden in den vergangenen Jahren durch EU-Reglemente verschiedene Hürden manchmal doppelt aufgebaut. Eine genauere Übereinstimmung zwischen EU-Recht und nationalem Recht ist notwendig. Eine bessere Regulierung ist dringend notwendig. Hier wurde viel Zeit verloren, weil die Regierung über Jahre hinweg untätig blieb. Bedingt durch die Wirtschaftskrise wird nun versucht im Hau-Ruck-Verfahren jahrelange Versäumnisse nachzuholen, mit dem Risiko, dass in der Eile nicht nur bürokratische Hürden abgebaut werden, sondern auch substantielle Inhalte über Bord gehen. Die Vorlage der Regierung zur Abänderung einer ganzen Reihe von Gesetzen ist ein einziges Armutszeugnis der Regierungspolitik der letzten Jahre. Déi Gréng erinnern an ihre langjährigen Forderungen hinsichtlich einer besseren Regulierung:

- Schaffung von guichets uniques für Betriebe.

- Effiziente Beratungsstrukturen für Betriebe mit klaren und verständlichen Broschüren zu den einzelnen komplexen Gesetzen (Beispiele : Kommodo, Naturschutzgesetz oder Bebauungsgesetz).
- Schaffung von klaren und transparenten Normen und Aufstellung von realistischen Fristen (mit Sanktionen bei Nichteinhaltung).
- Vereinfachung des öffentlichen Ausschreibungsgesetzes mit Angabe der verschiedenen finanziellen Sockel.
- Vereinfachte Prozeduren zwischen Staat und Gemeinden.



Kapitel 5:

„Raus aus der Postkutschenzzeit!“

So wie der Staat als öffentlicher Auftraggeber durch ein umfangreiches Investitionsprogramm die Nachfrage stärken kann, können die Gemeinden ebenfalls aktiv werden und durch kurzfristige Maßnahmen zur Überbrückung der Wirtschaftskrise beitragen.

Der hohe Anteil an den öffentlichen Aufträgen macht die Gemeinden zu wichtigen Klienten für Klein- und Mittelbetriebe in der Region. Die Gemeinden werden dieses Jahr noch über genügend finanzielle Mittel verfügen, um jene Investitionsprojekte anzugehen oder zu Ende zu führen, die in ihrer Haushaltsvorlage von 2009 vorgesehen sind.

Allerdings wird die rückläufige Volkswirtschaft in den nächsten Jahren den finanziellen Handlungsraum der Gemeinden stark beeinträchtigen, da über die Gewerbesteuer und den kommunalen Finanzfonds (FCDF) bis 2/3 der ordinären Einkünfte der Gemeinden extrem konjunkturabhängig sind.

Sollen die Gemeinden für später geplante Investitionen vorziehen, werden sie nicht nur in diesem Jahr zusätzliche Mittel brauchen, sondern ebenfalls in den folgenden Jahren. Neben einer reformierten Reglementierung der Subsidienvergabe für kommunale Projekte, wird eine umfangreiche Reform der Gemeindefinanzen unabdingbar sein.

Wie die öffentlichen Investitionen des Staates, sollen die Investitionsprojekte, welche die Gemeinden vorziehen wollen, vorrangig dafür genutzt werden strukturelle Defizite zu beheben und die Gemeinden auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten.

Ein Knackpunkt wird allerdings sein, wie schnell sie ihre Aufträge vergeben können. Seit Jahren ist die Schnittstelle zwischen Staat und Gemeinden in der Kritik, da komplizierte und schwerfällige Abläufe in den verschiedenen

Ministerien die Gemeinden bei der Umsetzung ihrer Projekte behindern. Durch eine Vereinfachung der staatlichen Verwaltungs- und Genehmigungsprozeduren und eine Lockerung der Vergaberegeln von öffentlichen Aufträgen können die Gemeinden Projekte kurzfristig angehen.

Neben einer Reform der staatlichen Genehmigungsabläufe müssen aber gleichzeitig die kommunalen Verwaltungsstrukturen den heutigen Gegebenheiten angepasst werden. Die kommunalen Strukturen sind seit fast 150 Jahren unverändert geblieben; in vielen Bereichen sind jedoch neue Aufgabenfelder auf die Gemeinden zugekommen, sei es im Rahmen der sozialen Dienstleistungen, im Umwelt- und Energiebereich und schließlich die Auswirkungen der rezenten Wirtschaftskrise. Diese neuen Missionen verlangen eine Stärkung der Gemeinden, in dem Sinn, dass sie über genug Autonomie und Handlungsmöglichkeiten verfügen. Außerdem wird die Regionalisierung verschiedener Aufgabenbereiche unumgänglich sein.

Folgende Punkte müssen umgesetzt werden:

- Die Gemeinden sollen vorrangig nachhaltige bzw. Struktur verbessernde Projekte angehen. So zum Beispiel im Energiesektor durch die Verbesserung der Energieeffizienz in der Gemeinde, durch die Sanierung der öffentlichen Gebäude und durch weniger Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen. Andererseits sollen Defizite im Sozialbereich angegangen werden und zwar durch den Bau von „Maisons Relais“ oder durch die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum und anderen sozialen Dienstleistungen.
- Im Staatshaushalt soll ein Spezialfonds eingerichtet werden, der den Gemeinden für bestimmte Projekte zinslose Kredite zur Verfügung stellt. Die Vergabe der Kredite soll an Investitionen gebunden sein, die eine nachhaltige und soziale Verbesserung der Gemeindestrukturen mit sich bringen, wie die energetische Sanierung der öffentlichen Gebäude oder der Ausbau der sozialen Dienstleistungen.
- Die staatlichen Zuwendungen für kommunale Investitionsprojekte müssen schneller erfolgen: In Zusammenarbeit mit den Gemeinden erstellt die staatliche Behörde eine Liste jener kommunalen Projekte, die prioritär auszuführen und zu genehmigen sind. Die Gemeinden sollen außerdem die Möglichkeit erhalten, Kreditaufnahmen über eine Zeitspanne von 25 Jahren bzw. mit festen Zinssätzen abzuschließen. Der Conseil supérieur des finances communales muss außerdem wieder tagen.

- Der Staat muss finanzielle Zuschüsse für die Sanierung kommunaler Bauten vorsehen.
- Die Gemeinden sollen die Möglichkeit erhalten, in Kooperation mit dem Privatsektor, im Bereich der Energieherstellung aktiv zu werden. Projekte für Fernwärme- oder Stromerzeugung schaffen gleichzeitig neue Arbeitsplätze in der Region. Außerdem müssen gesetzliche Regelungen die Rolle der Gemeinden in diesem Bereich stärken und sie besser auf die Liberalisierung des Strom- und Gasmarktes vorbereiten. Ein erster Schritt in diese Richtung wäre die Umsetzung des Gesetzesvorschlages von déi gréng und DP¹, welcher die Aktivitäten der Gemeinden im Bereich des Energiesektors regelt.
- Die administrativen Prozeduren müssen vereinfacht und beschleunigt werden. Verschiedene staatlichen Verwaltungen müssen personell besser ausgerüstet werden, damit die vom Gesetz vorgeschriebenen Fristen eingehalten werden können, besonders bei den Genehmigungsverfahren zu den Teilbebauungsplänen – PAPs - oder den Kommodo-Inkommodo Prozeduren.
- Das Gesetz über die öffentlichen Ausschreibungen soll gelockert und die Prozeduren vereinfacht werden, indem die Möglichkeiten, die im Ausführungsreglement vorgesehen sind, voll ausgeschöpft werden (Marché négocié + soumission restreinte sans publication d'avis). Die bestehende Schwelle für Projekte, die unter das Ausschreibungsgesetz fallen, muss kurzfristig erhöht werden.



Kapitel 6:

„D'Schoule verbessern“

Der Aufbau einer Wissensgesellschaft muss in Luxemburg höchste Priorität genießen. In unserem ressourcenarmen Land sind hervorragende berufliche Ausbildung und Qualifikation Grundvoraussetzungen um die wirtschaftliche Zukunft des Landes abzusichern. Trotz einiger neuer Schulgesetze werden jetzt, in Krisenzeiten, die Versäumnisse der Vergangenheit aber besonders deutlich, die großen bildungspolitischen Herausforderungen verlangen klare politische Akzente.

Die neuen Grundschulgesetze geben keine Antwort auf wichtige gesellschaftspolitische Themen: eine Schule für alle schulpflichtigen Kinder wurde mit diesen Gesetzen nicht geschaffen, es fehlen klare Strukturen in den Grundschulen, etwa durch die Einführung von Schuldirektoren. Neue Schulformen, wie Ganztagschulen bleiben außerdem die Ausnahme.

Die Reform der Berufsausbildung ist unzureichend und unbefriedigend: Das wird sich erst ändern, wenn ein klares Konzept für die „Orientation scolaire et professionnelle“ unserer Kinder und Jugendlichen vorliegt. Ohne ein solches Konzept wird sich nichts an der fundamental falschen Orientierung durch Misserfolg ändern. Im Interesse der betroffenen Jugendlichen, aber auch im Interesse der Betriebe und der Wirtschaft insgesamt, brauchen wir eine kohärente Orientierungspolitik in Luxemburg.

Grundausbildung und Weiterbildung der Lehrer wurden bislang aus der schulpolitischen Diskussion ausgeklammert. Dabei steht und fällt jegliche Bildungspolitik mit der Motivation und Ausbildung ihrer Lehrerschaft.

Die Ziele der Lissabon-Strategie für 2010 im Bereich Bildung und Erziehung wurden nicht ernst genommen! Sie zeigen deutlich, dass das luxemburgische Bildungssystem im europäischen Vergleich schlecht aussieht.

Die Zahl der schlechten Leser bei den 15jährigen Jugendlichen, wie sie in den PISA-Tests ermittelt werden, soll unter 15,5% rutschen. Wir liegen augenblicklich weit über 20%. Hier müssen die Schulen vieles leisten, aber hier brauchen die Schulen auch Unterstützung von anderen Politikbereichen. Die Lesekultur in Luxemburg wird von der Politik nicht ausreichend unterstützt (Bsp. Nationalbibliothek, regionales Netzwerk von öffentlichen Bibliotheken).

Die Zahl der Jugendlichen, die eine abgeschlossene Berufsausbildung oder einen Schulabschluss haben, der sie zu weiterführenden Studien an Hochschulen oder Universitäten berechtigt, soll auf 85% steigen. Hier ist unser Defizit am größten. Während im EU-Durchschnitt immerhin fast 78% der Jugendlichen zu diesen weiterführenden Studien berechtigt sind, sind es in Luxemburg nur 70%. Hier werden Jugendliche in unseren Schulen –trotz ihres Sprachereichtums – im Vergleich zu unseren Nachbarländern benachteiligt. Hier liegt eine der größten Herausforderungen für das luxemburgische Schulsystem!

Die Zahl der Schulabbrecher sollte dauerhaft unter 10% gedrückt werden. Die Statistiken zeigen, dass wir dieses Ziel ein erstes Mal im Schuljahr 2006-2007 erreicht haben. Aber auch 10% Schulabbrecher sind noch viel zu viel. Langfristig muss es unser Ziel bleiben, keine Schulabbrecher zuzulassen. Wir begrüßen die Schaffung einer „*école de la deuxième chance*“. Wir wissen aber auch, dass die Notwendigkeit einer Schule der zweiten Chance immer auch ein Eingeständnis eines Teilversagens der öffentlichen Schule ist. Es gilt also, die Anstrengungen der öffentlichen Schule weiterhin als vorrangig zu sehen.

Bis 2010 sollen 12,5% aller Erwachsenen im sogenannten „lifelong learning“ Prozess involviert sein. In Luxemburg sind es zurzeit 7%, im europäischen Durchschnitt immerhin fast 10%. In diesem Bereich ist der Wirtschaftsstandort Luxemburg nicht kompetitiv genug!

Eine weitere wichtige Aufgabe der Schule, die weder von Lissabon-Strategie noch von OECD genügend gewürdigt wird, ist der Beitrag, den die Schule zur sozialen Kohäsion leisten kann und leisten muss. Neben der Tatsache, dass das Modell der Gesamtschule nach skandinavischem Vorbild auch bei reinen Schulleistungstests gut abschneidet, sind es vor allem die Sorgen um die Chancengerechtigkeit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die uns am Modell des „*tronc commun*“ für alle schulpflichtigen Kinder festhalten lassen.

Immer noch sind die Schulinfrastrukturen im Sekundarschulbereich nicht ausreichend. Nachhaltige Politik in Krisenzeiten investiert besonders stark in Schulinfrastrukturen! Damit würden in Zukunft auch kleinere Klasseneffektive, vor allem im technischen Sekundarunterricht, ermöglicht.

Die Grundschulen der Gemeinden sollten mit staatlicher Hilfe auch baulich an die vermehrt geforderte Zusammenarbeit der Lehrerschaft und an die Partnerschaft Schule-Eltern angepasst werden.

Forschung und Lehre sind für Luxemburg überlebenswichtig. Deshalb müssen schon vom frühkindlichen Alter an und während der Schulzeit Kreativität und Forschergeist gefördert werden.

Auch und gerade in Krisenzeiten dürfen öffentliche wie private Forschungsinvestitionen nicht gekürzt werden, sondern müssen in der kommenden Legislaturperiode weiter erhöht werden, und zwar über die in der Lissabon-Strategie fixierten Prozentsätze hinaus.

Grüne Forschungspolitik steht für angewandte Forschung, aber auch für Grundlagenforschung. Eine enge Zusammenarbeit von Universität, Forschungszentren und Wirtschaft sollte ein wesentlicher Baustein sein, um Exzellenz in Forschung und marktfähiger Produktumsetzung zu ermöglichen.

Unter dem ordnungspolitischen Dach von Forschungsministerium und dem „Fonds National de la Recherche“ sollte eine optimierte Koordination und Kollaboration aller implizierten Akteure gefördert werden:

- Universität (Forschung und Lehre)
- CRPs (Centres de Recherche Publics)
- Staatslaboratorium und Kliniken
- Industrie und Privatlabs

Wichtig sind in diesem Zusammenhang eine Steigerung der Attraktivität des luxemburgischen wissenschaftlichen Umfelds für Professoren, Wissenschaftler, Forscher und Studenten, aber auch Fragen von Forschungsschwerpunkten, von Transparenz, Evaluierungsmethoden und Förderung von Exzellenz.

Neben den eher „klassischen“ Inhalten von Lehre und Forschung sollten folgende Forschungsfelder prioritär oder stärker berücksichtigt werden:

1. In den Naturwissenschaften:

- Nachhaltigkeitsforschung: Klimawandel, ökologisch verträgliche Energiesysteme, Risikoforschung, Ressourcenmanagement und Stoffkreisläufe, Biodiversität.
- „grüne“ Chemie: biologische Abbaubarkeit, Recyclingfähigkeit von Substanzen und Produkten, biotechnologische Enzymforschung.
- Nanowissenschaft und Risikobegleitforschung.
- Institut für Präventionsforschung, Umwelt und Gesundheit.
- Human- und Pharmakogenetik.

2. In den Human- und Sozialwissenschaften:

Neben den „klassischen“ Forschungsfeldern, Verstärkung folgender Schwerpunkte:

- Migrationsforschung
- Vielsprachigkeit und Kultur
- Risikoforschung, Kommunikations- und Nanotechnologien

3. Finanz- und Rechtswissenschaften:

- Schaffung und Ausbau von Investmentfonds für Nachhaltigkeit, Umwelt und ethische Produkte.
- Umwelt- und Verbraucherschutzrecht.



Kapitel 7:

„Besser orientieren a vermëtteln“

In Luxemburg beträgt die aktuelle Arbeitslosenquote 5%, das heißt etwa 13.000 Menschen suchen eine Arbeit. 30% der Arbeitslosen sind junge Menschen unter 30 Jahren. Jährlich verlassen mehr als 1.000 Jugendliche (ungefähr jeder Fünfte !) die Schule ohne ein Diplom oder eine Zertifizierung. Mehr als 300 dieser Jugendlichen werden nirgends aufgefangen, sie haben entweder „das Land verlassen“ oder werden als Schulabbrecher gleich zu Arbeitslosen. Für sie gibt es keine Auffangstrukturen.

Zwei neue Arbeitsmaßnahmen wurden im Dezember 2006 mit dem umstrittenen Gesetz „5611“ eingeführt. Der „Contrat d'Initiation à l'Emploi“ und der „Contrat d'Activation à l'Emploi“ sollten vorrangig den Jugendlichen beim Eintritt in die Arbeitswelt helfen. Heute, zwei Jahre danach, ist eine Auswertung dieser Maßnahmen unmöglich. Die dazu notwendigen Indikatoren wurden nie aufgestellt. Die Regierung hat ihr damaliges Versprechen nicht gehalten!

Noch immer ist das Arbeitsamt chronisch unterbesetzt. Jeder Angestellte ist mit etwa 500 „Dossiers“ beschäftigt. Dabei handelt es sich um 500 Einzelschicksale von Menschen, die Unterstützung brauchen. Trotz wiederholter Anhörungen und Analysen und trotz massiver Kritik, haben der Arbeitsminister und die gesamte Regierung es versäumt, eine tief greifende und mutige Reform des Arbeitsamtes umzusetzen, die auf die Bedürfnisse des heutigen Arbeitsmarktes zugeschnitten ist.

Die Erziehungsministerin hat es versäumt, mit einer mutigen und vor allem chancengerechten Reform, die Berufsausbildung den Bedürfnissen der Jugendlichen anzupassen. Noch immer werden die Kinder nach dem 6ten Schuljahr in 3 verschiedene Schultypen aufgeteilt. Kinder aus einem bildungsfernen Milieu und vor allem Migrantenkinder sind hier deutlich benachteiligt, da die Sprachbeherrschung als Selektionsinstrument dient.

Darüber hinaus gibt es in Luxemburg immer noch keine Orientierungspolitik! Diese Tatsache wurde bereits 1992 durch ein Audit der OECD - im Einklang mit allen Partnern in den Bereichen Schule und Wirtschaft - bestätigt. Trotz klarer Empfehlungen haben sich die damalige und die jetzige Regierung (mit dem gleichen Arbeitsminister) geweigert die bitternotwendigen Empfehlungen zur Kenntnis zu nehmen.

Das Gleiche gilt auch für die Empfehlungen verschiedener Audits in Bezug auf eine Reform des Arbeitsamtes. Jetzt, kurz vor den Wahlen, will der Arbeitsminister - der wohl stark unter politischen Druck geraten ist - verschiedene Anpassungen vornehmen und verspricht eine tief greifende Reform nach den Wahlen!

Neben der strukturellen Arbeitslosigkeit gibt es jetzt, bedingt durch die Finanz- und Wirtschaftskrise, eine konjunkturelle Arbeitslosigkeit. Unser Land ist nicht auf diese Situation vorbereitet. Einerseits, weil wir die Konsequenzen dieser Wirtschaftskrise nicht absehen können, andererseits aber auch, weil tief greifende und längst überfällige Reformen in der Orientierungspolitik, in der Berufsausbildungspolitik und in der Beschäftigungspolitik nicht stattgefunden haben.

Angesichts dieser folgenschweren Versäumnisse der vorherigen Regierungen fordern déi gréng folgende kurzfristigen politischen Maßnahmen:

- In einem nächsten Koalitionsabkommen muss der Arbeitsmarktpolitik eine klare Priorität eingeräumt werden. Dabei geht es vor allem um eine Vernetzung aller zuständigen Akteure in den Bereichen Schule, Berufsausbildung und Arbeitsmarkt.
- Durch die Aufstellung einheitlicher Indikatoren wird es möglich klare Statistiken in Bezug auf das Angebot von Arbeitsplätzen zu erstellen. Nur so kann der strukturellen Arbeitslosigkeit, die vor allem die Jugendlichen und deren Orientierung betrifft, vorgebeugt werden.
- Die Zusammenarbeit verschiedener Instanzen wie der Schulorientierung, der Berufsorientierung und des Arbeitsamtes, muss organisiert werden. déi gréng fordern die Schaffung einer „Maison de l’Orientation et de la Formation“ auf regionaler Ebene als zentrale Beratungsstelle für die Jugendlichen (guichet unique). So können Synergien zwischen Schulen, Arbeitsmarktverwaltung und Wirtschaft im Interesse einer optimalen Orientierung der Jugendlichen hergestellt werden

- Eine gendersensible Berufsorientierung, die versucht das Berufsspektrum der Mädchen und Jungen zu erweitern und die bestehenden Klischees zu überwinden.
- Die systematische und koordinierte Evaluation aller Beschäftigungsmaßnahmen.
- Ein gleichwertiges Angebot aller Berufsausbildungen in deutscher und französischer Sprache.
- Eine grundlegende Reform der Arbeitsmarktverwaltung durch die Umwandlung in ein „établissement public“.
- Den regionalen Aufbau der Arbeitsmarktverwaltung und ihrer informatischen Vernetzung.
- Die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Arbeitsamt und Unternehmen durch Berater (consultants).
- Die Möglichkeit einer längeren Auszeit für Weiterbildung oder Umschulung (6 bis 12 Monate).
- Die Sicht auf die europäische Großregion in allen arbeitsmarktpolitischen Erwägungen.



Kapitel 8:

„Zuer Economie gehéiert Solidaritéit“

Die Wirtschaftskrise wird zu einer schnellen und massiven Steigerung der Arbeitslosigkeit führen. Steigende Armut oder zumindest Armutsrisiko und soziale Ausgrenzung sind die zwangsläufigen Folgen. Die so genannte freie Wirtschaft bietet nicht genügend Arbeitsplätze, um einen Großteil der Arbeitslosen aufzunehmen. Andererseits sind viele von diesen ungenügend ausgebildet und vorbereitet, um sich auf dem freien, so genannten 1. Arbeitsmarkt behaupten zu können.

Gerade deshalb ist die gezielte Förderung der Sozial- und Solidarökonomie jetzt besonders wichtig. Sie soll eine Übergangsphase ermöglichen, um Arbeitslose aufzufangen, ehe sie bestenfalls in den ersten Arbeitsmarkt zurückgeführt werden können. Es gibt eine Vielzahl von Beschäftigungsinitiativen, lokalen und regionalen Strukturen, Vereinigungen und Kooperativen, die soziale Ausgrenzung bekämpfen, Ausbildungs- und Arbeitsplätze zur Verfügung stellen für Menschen, die aufgrund ihres Alters, ihrer Herkunft, ihrer physischen oder psychischen Verfassung in soziale Not geraten sind. Gleichzeitig entstehen hier neuartige Dienstleistungsformen, bei denen es nicht prioritär um Warenverkauf und Profit geht, sondern eher um Austausch oder gemeinsame Nutzung von Waren. Stichworte: kleine Reparaturwerkstätten und –dienstleistungen, Alltagshilfe für ältere Menschen, Aufbau von Car-sharing –Strukturen, Verleih anstatt Verkauf von Produkten, Services de proximité, usw. Aber auch in Land- und Forstwirtschaft sowie im Gartenbau sind manche dieser Initiativen tätig.

Das neue Gesetz 5411 hat einen Rahmen geschaffen, innerhalb dessen all diese Initiativen gestützt und gefördert werden können. Nun gilt es, diesen Raum mit Leben zu füllen. Oberstes Gebot, um jeden Verdacht von Vetternwirtschaft und Klientelismus aus der Welt zu schaffen, ist hundertprozentige Transparenz bei:

- dem Abschluss von Konventionen
- der Vergabe von Subventionen
- der Vergabe von öffentlichen Aufträgen
- der Zusicherung von Krediten.

Unter diesen Bedingungen kann die Sozial- und Solidarökonomie, als zusätzliches Standbein unserer Wirtschaft, einen bedeutenden Beitrag leisten, um soziale Ausgrenzung zu reduzieren und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern.

Eine weitere politische Aufgabe besteht darin, in einem sozial gerechten Begleitprozess, die vorübergehenden Arbeitsmarktprobleme eines wirtschaftlichen Strukturwandels abzufedern. Im Bereich der Umwelttechnologien und Umweltdienstleistungen werden qualifizierte Tätigkeiten ausgeübt. Die Nachhaltigkeit der vom Klimaschutz ausgelösten Beschäftigungsimpulse setzt deutlich verstärkte Maßnahmen zur Aus- und Weiterbildung voraus. Risiken und Friktionen des Strukturwandels sind außerdem nur durch ein breites soziales Sicherungsnetz zu meistern, zu dem die Sozial- und Solidarökonomie ausdrücklich gehört.



Kapitel 9:

„Ee gréngen New-Deal fir Europa“

a) Für eine europäische Wirtschaftsregierung

Die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise ist auch eine Folge einer zunehmend deregulierten und liberalisierten EU-Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die EU hat zwar einen gemeinsamen Binnenmarkt, eng vernetzte Finanzmärkte und eine Währungsunion geschaffen, doch diesem Wirtschaftsraum nicht genügend Regeln gesetzt. Insbesondere die Länder der Euro-Zone sind extrem eng miteinander verflochten und die Instabilität eines Mitglieds kann die gesamte Wirtschaftszone gefährden. Wer verhindert, dass das Platzen der spanischen oder britischen Immobilienblase die ökonomische Entwicklung der gesamten EU in Mitleidenschaft zieht?

Die Koordination der Wirtschafts- und Finanzpolitiken der EU-Mitgliedstaaten ist bisher unzureichend. Die Reaktionen auf die derzeitige Krise zeigen, dass es bisher nicht zu einem ernsthaften Umdenken gekommen ist: Die Tendenzen zur Renationalisierung und zum Protektionismus sind deutlich erkennbar, Kleinstaaterei tritt immer mehr an die Stelle weitsichtiger und solidarischer EU-Politik. Die EU droht damit ihre durch die hohe Binnen- und Finanzmarktintegration geschaffenen Vorteile zu verspielen.

Besonders ein kleinerer sehr exportabhängiger EU-Mitgliedstaat wie Luxemburg ist durch diese Tendenzen in seiner wirtschaftlichen Entwicklung gefährdet: Luxemburg hängt sehr stark von einem optimal funktionierenden EU-Binnenmarkt ab und ist durch seine starke Abhängigkeit von den führenden EU-Wirtschaftsmächten besonders von deren Abschottungsbestrebungen betroffen.

déi gréng treten daher dafür ein, den europäischen Integrationsprozess in der Wirtschafts- und Finanzmarktpolitik voranzutreiben. Europa hätte so die Chance, als Vorbild zu zeigen, wie man die Märkte auf supranationaler Ebene in den Dienst sozialen Ausgleichs, wirtschaftlicher Stabilität und Ökologie stellen kann.

- Wir brauchen zumindest in der Euro-Zone eine europäische Wirtschaftsregierung, ohne allerdings damit die Europäische Union zu spalten. Eine gemeinsame Währung kann auf Dauer nur funktionieren, wenn auch die Wirtschaftspolitiken der Mitgliedsstaaten eng aufeinander abgestimmt sind. Die Euro-Gruppe muss aufgewertet werden, um gemeinsam mit der Europäischen Zentralbank unter Beteiligung der Sozialpartner die makroökonomischen Rahmenbedingungen zu setzen.
- Luxemburg hat großes Interesse daran, dass der wirtschaftspolitische Kurs der EU nicht von den großen Mitgliedsstaaten vorgegeben wird. Daher treten wir zusammen mit den anderen europäischen grünen Parteien dafür ein, die EU-Institutionen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik deutlich zu stärken: die Leitlinien zur Währungs- und Haushaltspolitik sollen unbeschadet der Rechte der nationalen Parlamente durch das Europaparlament diskutiert und parlamentarisch stärker mit entschieden werden.
- Die Aufgabenstellung der Zentralbank muss – wie das bei der Fed in den USA der Fall ist – neben der Geldwertstabilität auch eine stabile gesamtwirtschaftliche Entwicklung einschließlich der Beschäftigung umfassen. Der Integration der Finanzmärkte müssen die EU-Mitgliedsländer eine entsprechende Aufsichtsstruktur folgen lassen. Nur so ist eine schnelle Reaktion im Notfall gesichert.
- Luxemburg darf bei der Umsetzung der EU-Direktiven im Bereich des Binnenmarktes nicht weiter zu den Schlusslichtern zählen. Dies läuft den Anstrengungen in Richtung einer Europäischen Wirtschaftspolitik zuwider und schadet dem Ansehen des Wirtschaftsstandorts. Nachdem die EU-Kommission im Februar dieses Jahres erneut auf das deutliche Umsetzungsdefizit hingewiesen hat, muss endlich mehr in die Europakompetenz in den Verwaltungen und der Regierung investiert werden.

b) Für ein sozial-ökologisches Investitionsprogramm: einen „Green New Deal“

Führende Wirtschaftsexperten der Welt betonen, dass der Klimawandel und die Abhängigkeit von fossilen Energien gewaltige Potentiale im Bereich des Wirtschafts- und Beschäftigungswachstums bergen. Die US-Regierung hat mit einem massiven Investitionsprogramm in Ökotechnologien und erneuerbare Energien die Energiewende angestoßen, Japan investiert rund 700 Milliarden in grüne Technologien, auch China räumt Ökotechnologien bei seinem neu aufgelegten Investitionsprogramm eine hohe Priorität ein.

Die EU riskiert dagegen den Anschluss bei diesem Wettbewerb um die Marktführerschaft zu verpassen: die nationalen Konjunkturprogramme der EU-Mitgliedsstaaten sind oft nur Gießkannenprogramme, die zu wenig Geld in die Förderung des notwendigen strukturellen Wandels der Energieversorgung fließen lassen. Dabei hat die EU-Kommission errechnet, dass annähernd 4,2 Millionen Menschen in der EU bereits „grüne Jobs“ haben und Studien bestätigen, dass allein im Bereich der Erneuerbaren Energien zwei Millionen Arbeitsplätze in der EU geschaffen werden könnten.

Die Grünen Parteien Europas treten für ein europaweites sozial-ökologisches Investitionsprogramm, einen „Green New Deal“ ein. In fünf Jahren werden fünf Milliarden Euro in „grüne Jobs“ investiert werden und können, wie seriöse Studien unterstreichen, bis zu fünf Millionen Jobs in der EU schaffen. Die Gelder können aus unterschiedlichen Quellen kommen: Beispielsweise kann die Europäische Investitionsbank (EIB) ihr Kapital durch einen Zuschuss privater Aktionäre und der EU-Mitgliedstaaten erhöhen und Kredite vergeben und als Garant für Investitionen bürgen. Zudem werden die Einnahmen aus dem europäischen Emissionshandel (ETS) zur Verfügung stehen und es könnten mehr Gelder aus dem EU-Budget für grüne Investitionen genutzt werden.

Der „Green New Deal“ entspricht den Anforderungen, die an Konjunkturprogramme gerichtet werden: grüne Investitionen wirken schnell, sie schaffen nachhaltig gesicherte Arbeitsplätze und dienen langfristig notwendigen strukturellen Anpassungen der Energieversorgung. Dieser „Green New Deal“ wird die konjunkturellen Folgen der Finanzkrise mildern, den ökologischen Umbau beschleunigen und damit der kommenden Energie- und Klimakrise vorbeugen. Das grüne Konjunkturprogramm ist auch im Interesse stabiler Staatsfinanzen, weil ein stabilerer Konjunkturverlauf Steuerausfälle vermindert.

Das grüne Konjunkturprogramm kann Investitionen in folgenden Bereichen anstoßen:

- energetische Sanierung der Häuser
- Ausbau der erneuerbaren Energien
- Schaffung eines europaweiten Strom- und Gasversorgungsnetzes
- Förderung ressourcensparender Technologien im Bereich Industrie, Klein- und Mittelunternehmen und Verkehr
- Umbau chemisch problematischer Produkte und Prozesse in Richtung einer nachhaltigen umwelt- und gesundheitsverträglichen „grünen Chemie“.

Das grüne Konjunkturprogramm kommt Luxemburg zugute: Zum einen wird es gezielt die besonderen « grünen Nischen » Luxemburgs entwickeln: im Bereich der Stahlindustrie werden die Initiativen zum « green building » von Arcelor-Mittal, im Bereich des Automobilzuliefersektors die Hybrid- und Elektrotechniken und im Bereich des Bankenplatzes die Europäische Investitionsbank (EIB) und der Europäische Investmentfonds (EIF) als Kreditgeber für grüne Investitionen gefördert. Zum anderen wirkt das Programm an den wichtigsten Absatzmärkten Luxemburgs: Der Absatzmarkt für fast alle Großunternehmen, die in Luxemburg angesiedelt sind, ist europäisch oder international.

Eis Leit

Europalëscht

1. Claude Turmes
48 Joer
Lëtzebuurger
vun Esch/Uelzecht
Europadeputéierten
2. Núria Garcia
23 Joer
Lëtzebuurgerin
vun Diddeleng
Politikwëssenschaftlerin
3. Manuel Huss
28 Joer
Lëtzebuurger
vun Esch/Uelzecht
Politik- a Philosophiestudent
4. Christian Kmiolek
48 Joer
Lëtzebuurger
vu Jonglënster
Sozialpädagog, chargé de cours LTPES
an Uni Lëtzebuerg / fräischaffenden Expert fir
Soziales, Bildung a Kultur
5. Maria Mendel-Ramalho
48 Joer
Portugis
vun Nidderaanwen
Hausfra
6. Adri Van Westerop
51 Joer
Lëtzebuurgerin
vu Betzder
Employée a Gemengeréitin

Bezierk Süden

1. Felix Braz
42 Joer
vun Esch/Uelzecht
Deputéierten
Schäffen an der Gemeng Esch/Uelzecht
2. Josée Lorsché
47 Joer
vun Näertzen
Léierin
Conseillère an der Gemeng Beetebuerg
3. Romain Becker
43 Joer
vu Péiteng
Employé beim Staat
Conseiller an der Gemeng Péiteng
4. Edmée Besch-Glangé
57 Joer
vun Holzem
Sekretärin vu Beruff, am Moment Hausfra
Conseillère an der Gemeng Mamer
5. Myriam Cecchetti
42 Joer
vu Suessem
Léierin
Conseillère an der Gemeng Suessem
6. Evandro Cimetta
42 Joer
vu Schuller
Generalkoordinator vu COPAS asbl
7. Monique Heinen
41 Joer
vun Diddeleng
Chargée de cours
8. Jean Huss genannt Muck
61 Joer
vun Esch/Uelzecht
Deputéierten
Conseiller an der Gemeng Esch/Uelzecht
9. Martin Kox
61 Joer
vun Esch/Uelzecht
Chirurg
10. Colette Kutten
57 Joer
vun Diddeleng
Däitschproff
Conseillère an der Gemeng Diddeleng
11. Georges Liesch
41 Joer
vun Déifferdeng
hält Schoul an engem private Lycée
Conseiller an der Gemeng Déifferdeng

12. Marion Muller
30 Joer
vun Esch/Uelzecht
Parlamentaresch Attachée
bei déi gréng
13. Laura Pregno
24 Joer
vun Zolver
Geografin
14. Servais Quintus
52 Joer
vu Monnerech
Gemegebeamten
Conseiller an der Gemeng Monnerech
15. Dagmar Reuter-Angelsberg
54 Joer
vu Suessem
vu Formatioun Kannerinfirmière
Schäffin an der Gemeng Suessem
16. Robert Rings
51 Joer
vu Suessem
Enseignant
Schäffen an der Gemeng Suessem
17. Nadine Schmit
26 Joer
vun Dippech-Gare
Studéiert Politik
Sprécherin vun déi jonk gréng
18. Josée-Anne Siebenaler-Thill
46 Joer
vun Uewerkäerjeng
Sportsproff an engem private Lycée
Conseillère an der Gemeng Käerjeng
19. Marianne Termont-Ihry
40 Joer
vu Lamadelaine
Léierin
20. Roberto Traversini
45 Joer
vun Déifferdeng
Gemegebeamten
Schäffen an der Gemeng Déifferdeng
21. Daisy Varandas
34 Joer
vun Déifferdeng
Léierin
22. Fränz Waldbillig
42 Joer
vun Diddeleng
Ausbildungs-Beroder
23. Jemp Weydert
55 Joer
vun Holzem
Informatiker
Conseiller an der Gemeng Mamer

Bezierk Zentrum

1. François Bausch
52 Joer
wunnt an der Stad Lëtzebuerg
Deputéierten
Fraktiounspresident déi gréng
Schäffen an der Stad Lëtzebuerg
2. Viviane Loschetter
49 Joer
wunnt an der Stad Lëtzebuerg
Sozialpädagogin, Deputéiert
Schäffin an der Stad Lëtzebuerg
3. Claude Adam
50 Joer
wunnt zu Miersch
Deputéierten
Conseiller an der Gemeng Miersch
4. Carlo Back
56 Joer
wunnt an der Stad Lëtzebuerg
Nuklearingenieur, Bénévole bei der ONG
Pharmaciens sans frontières
Conseiller an der Stad Lëtzebuerg
5. Fabiana Bartolozzi
48 Joer
wunnt an der Stad Lëtzebuerg
Educatrice
Conseillère an der Stad Lëtzebuerg
6. Carlo De Toffoli
54 Joer
wunnt an der Stad Lëtzebuerg
Professer am LGL
Conseiller an der Stad Lëtzebuerg
Porte parole vun déi gréng
7. Jean-Paul Faber
65 Joer
wunnt zu Stroossen
Professer an der Pensioun
Schäffen an der Gemeng Stroossen
8. Danielle Fischer-Kass
45 Joer
wunnt zu Nidderaanwen
Hausfra an Ersatzléierin
Member vu verschiddene Kommissiounen
an der Gemeng Nidderaanwen
9. Henri Goedertz
49 Joer
wunnt an der Stad Lëtzebuerg
Psycholog
10. Tom Graas
49 Joer
aus der Stad Lëtzebuerg
Journalist a fréieren RTL-Chefredakter
Parteisekretär vun déi gréng

11. Caroline Hoeltgen
41 Joer
wunnt zu Bartreng
am Bereich Kommunikatioun tätëg
12. Karin Manderscheid
51 Joer
wunnt zu Hesper
Staatsbeamtin
Conseillère an der Gemeng Hesper
13. Tilly Metz
41 Joer
wunnt zu Siren
Professor am LTPES
Buergermeeschtesch vun der Gemeng
Weiler-la-Tour / Porte parole vun déi gréng
14. Gina Muller-Rollinger
53 Joer
wunnt zu Nidderaanwen
Hausfrau
Conseillère an der Gemeng Nidderaanwen
15. Liz Paulus
44 Joer
wunnt zu Bereldeng
Emweltpädagogin
Conseillère an der Gemeng Walfer
16. Paul Ruppert
50 Joer
wunnt zu Sandweiler
Fraktiounssekretär / Fréiere Mataarbechter
vun Mouvement Ecologique/Oeko-Fonds
Schäffen an der Gemeng Sandweiler
17. Philippe Schockweiler
23 Joer
wunnt an der Stad Lëtzebuerg
Student
Member vun der Jugendkommissioun an
der Stad Lëtzebuerg
Porte parole déi jonk gréng
18. Sam Tanson
31 Joer
wunnt an der Stad Lëtzebuerg
Affekotin / Freelance Kulturjournalistin
19. Patricia Taziaux
38 Joer
wunnt an der Stad Lëtzebuerg
EU-Beamtin
Member vun der Urbanismuskommissioun
an der Stad Lëtzebuerg
20. Roland Tex
51 Joer
wunnt zu Alzeng
Eisebunner
Conseiller an der Gemeng Hesper
21. Pierre Weiland
54 Joer
wunnt zu Bartreng
Ingénieur industriel
Conseiller an der Gemeng Bartreng

Bezierk Norden

1. Camille Gira
50 Joer
vu Biekerech
Deputéierten
Buergermeeschter an der
Gemeng Biekerech
2. Marthy Thull
53 Joer
vun Ettelbréck
Hausfra
Conseillère an der Gemeng Ettelbréck
3. Monique Baldassi-Wagner
45 Joer
vun Ell
Hausfra
Schäffin an der Gemeng Ell
4. Myriam Buck
27 Joer
vun Dikrech
Diploméiert Educatrice
Member vun der Umwelt- an
Sportskommissioun an der Gemeng
5. Nico Hamen
50 Joer
vun Drauffelt
Ingénieur-technicien CFL a BIO-Bauer
6. Tim Hengen
26 Joer
vun Huewel
Professeur-stagiaire
en sciences économiques et sociales
Schäffen an der Gemeng Biekerech
7. Jacquot Junk
52 Joer
vun Reiler
Ingénieur-technicien, Privatbeamten
Conseiller an der Gemeng Clierf
8. Christiane Schoellen
48 Joer
vun Ettelbréck
Infirmière psychiatrique
9. Frank Thillen
44 Joer
vun Dikrech
Professer am secondaire
Schäffen an der Gemeng Dikrech

Bezierk Osten

1. Henri Kox
47 Joer
vu Réimech
Professeur-Ingénieur
Deputéierten; Schäffen an der Gemeng
Réimech, ab 11/2009 Buergermeeschter
2. Carole Dieschbourg
31 Joer
vun Iechternach
Historikerin a Germanistin
Schaffin am Familljebetrieb
"Moulin J.P. Dieschbourg"
3. Raymond Aendekerck
48 Joer
vu Betzder
Agrar-Ingenieur bei der Stéftung Hëllef fir
d'Natur; President vum Haus vun der Natur
4. Marianne Beissel
44 Joer
vu Réimech
Bankemployée
Schäffin an der Gemeng Réimech
5. Aly Gary
58 Joer
vu Gréiwemaacher
Bankemployé an der Pensioun
Conseiller an der Gemeng
Gréiwemaacher
6. Chantal Juchems-Steinbach
39 Joer
vu Rued-Sir
Employée bei Bio-LABEL
Member vun der Klimabündnis-
kommissioun vun der Gemeng Betzder
7. Steve Schleck
32 Joer
vu Mondorf
Fonctionnaire bei der Post
Schäffen an der Gemeng Mondorf

ECOLOGIE – ECONOMIE – EDUKATIOUN ÄREN DON* GRAD ELO!

Ennerstëtzt eis Wahlcampagne
CCPL IBAN LU85 1111 1204 2043 0000

déi gréng
1, rue du Fort Elisabeth
L-1463 Luxembourg
greng@greng.lu

Tél: (+352) 27 48 27-1
Fax: (+352) 27 48 27-22
www.greng.lu

* Conformément à la loi sur le financement des partis politiques, les dons en provenance d'une société ou d'une association de même que les dons anonymes sont interdits. Chaque parti doit déposer auprès de la Chambre et du Ministre d'Etat un relevé des donateurs ayant versé plus de 250 Eur par an.



Mixed Sources

Product group from well-managed
forests and recycled wood or fiber

www.fsc.org Cert no. SG5-COC-00483
© 1996 Forest Stewardship Council